

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter an. Für Kreuzbriefe die Postämter entgegen. — Geschäftlich: Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Regelungspreis für die Anzeigen: 1000 Mark für 1000 Exemplare, 5000 Mark für 5000 Exemplare, 10000 Mark für 10000 Exemplare, 15000 Mark für 15000 Exemplare, 20000 Mark für 20000 Exemplare.

Telegramme: Sogebiet Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 802

Montag, den 31. Dezember 1923

18. Jahrgang

Ein Jahr der Not — ein Jahr der Ermannung.

(Wirtschaftspolitische Neujahrsvorlesung.)

Die Jahreswende regt zu Gedanken darüber an, was uns das alte Jahr gebracht hat und wie es im neuen Jahre werden soll. Wirtschaftspolitisch war das Jahr 1923 vor seinen Vorgängern ausgezeichnet durch einen so rapiden Verfall, wie wir ihn seit dem unglückseligen Herbst 1918 nicht erlebt haben. Im Jahre 1923 ist die Papiermark gestorben. Es klingt heute unglaublich, daß der Dollarkurs Ende 1922 noch nicht 7000 Mark betragen hat, während er bis Ende 1923 die gigantische Höhe von 4,2 Billionen erreichte. Die Papiermark ist seit 1 1/2 Monaten durch die stabile Rentenmark ersetzt, deren innerer Festigung letzten Endes das Finanz- und wirtschaftspolitische Streben von Regierung und Volk gilt.

In einem Punkte gilt das Jahr 1923 seinen Vorgängern aus: Die Hoffnung darauf, daß sich unsere Lage auch ohne unser Zutun „von selbst“ oder „durch die Güte anderer Länder“ bessern würde, hat wieder getrogen. Wir setzten uns gegen Vertrags- und Rechtsbruch unserer westlichen Nachbarn zur Wehr, die behaupteten, die Fortnahme unserer reichsten Wirtschaftsprövins sei eine Garantie für die Erfüllung unerfüllbarer Verpflichtungen. Man hört jetzt sehr oft die Meinung, der Abwehrkampf an Rhein und Ruhr sei vergeblich gewesen und hätte deshalb gar nicht begonnen werden dürfen. Wir haben allerdings durch die Verweigerung jeglicher Mitarbeit an der französischen „Erschießung“ der Westmark die ungeliebten Gäste nicht über die Grenze zurückkomplimentieren können; wir haben aber unser Volk in all seinen Teilen vor eine praktische Aufgabe gestellt und ihm Gelegenheit gegeben, für ein großes Ziel zu streben und zu leiden. Das war es, was uns all die früheren Jahre hindurch gefehlt hat. Unser Volk pochte auf seine Rechte und verstand es nicht, daß ihm aus der Niederlage und dem furchtbaren Freiheitsvertrag nichts anderes erwachsen könnte als erhöhte Pflichten und Entbehrung.

Neben diesem Kampf nach außen hat auch der Reformanlauf, denn das deutsche Volk im Herbst 1923 unternahm, und der nicht wie schon mancher frühere Anlauf schon in den Anfängen stecken geblieben ist, die politischen und geschäftlichen Kreise des Auslandes für uns interessiert. Die zahlreichen Regierungskrisen der letzten Monate haben allerdings zum Verlust kostbarer Zeit geführt. Erst Anfang Dezember wurden die Finanzverordnungen erlassen, durch welche der Reichshaushalt in Ordnung gebracht und die neue Währung auf eine solide Grundlage gestellt werden soll. Der Sanierungskredit, welche die Rentenmarkbank dem Reich gewährt hat, und über den sie nicht hinausgehen will und kann, ist nahezu erschöpft und innerhalb weniger Wochen müssen die regulären Einnahmequellen so reichlich fließen, daß damit der öffentliche Bedarf voll gedeckt wird. Dies wäre sicherer und ohne allzu große Übergangsschwierigkeiten erreicht werden, wenn die Notverordnungen der Reichsregierung schon zwei Monate vorher erlassen wären. Die Bereitschaft zum Opfer ist zwar im deutschen Volke gewachsen, aber erst in den letzten Wochen des alten Jahres hat man auf jeden Verzögerungsverbot verzichtet.

Wenn etwas geeignet sein könnte, die in unserem Volk immer noch vorhandenen Gegenströmungen zu hemmen, so wäre es die Rede Poincares, die er am 21. Dezember in der Pariser Deputiertenkammer hielt. Frankreich wird unter seiner heutigen Regierung nie freiwillig das Joch von unserer Nacken nehmen; es wird dazu nur durch andere Kräfte gezwungen werden, und diese anderen Kräfte mobil zu machen, liegt wesentlich bei uns. Die heutigen Machthaber in Frankreich und Belgien streben nach einer weiteren Verelendung und Anechtung des deutschen Volkes; die anderen großen Wirtschaftsländer der Welt suchen Deutschland und überhaupt ganz Mittel- und Osteuropa wieder in den Weltverkehr und die Weltwirtschaft einzubeziehen. Diese Tatsache ist ein Licht am außenpolitischen Himmel, das uns noch bei keiner Jahreswende so deutlich wie diesmal geschehen hat.

Vielen Deutschen schwebt die bunte Frage auf den Lippen: „Wirds im neuen Jahre besser werden?“ Hierauf kann allein unser Volk selbst die Antwort geben. Sehen wir unversöhnlich den Weg der Reformen und der Opfer, der Arbeit und der äußersten Selbstbeschränkung fort, so wird nach einigen schweren Monaten sich die Lage für Deutschland bessern. W. W.

Wahlungen in Spanien. Der „Matin“ meldet aus Madrid: Dem Kriegsgericht in Madrid wurden 85 verdächtige Offiziere, dem Kriegsgericht in Barcelona 88 Angehörige zur Beurteilung überwiesen, die als Urheber eines mitschlagenden Aufstandes festgenommen wurden, durch den das Direktorium beseitigt werden sollte. In Spanien herrscht Ruhe.

Die 54-Stundenwoche der Beamten.

Auf Grund eines Beschlusses der Reichsregierung vom 14. November d. J. werden jetzt folgende Richtlinien für die Dienstzeit der Beamten durch das Volkshaus verabschiedet:

Im Hinblick auf die Not von Volk und Reich wird die Dienstzeit der Reichsbeamten für die Zeit bis zum 31. Dezember 1923 wie folgt geregelt:

1. Jeder Beamte ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Reiches zu stellen. Er hat die ihm übertragenen Arbeiten rechtzeitig ohne Rücksicht auf eine festgesetzte Dienststundenzahl zu erledigen.

2. Der Dienst ist in der Regel an der Dienststelle und innerhalb der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 54 Stunden. Regelmäßige Mehrleistungen können innerhalb eines Kalenderjahres durch regelmäßige Minderleistungen ebenso wie umgekehrt ausgeglichen werden. Soweit der Dienst in bloßer Dienstbereitschaft besteht ist die Dienstzeit entsprechend zu erhöhen.

3. Dem Dienst an der Dienststelle und innerhalb der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit ist die Teilnahme an Sitzungen, Besprechungen und dergleichen gleich zu achten. Soweit die Erledigung des Dienstes an der Dienststelle und in der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit aus dienstlichen Gründen unzumutbar ist, kann eine anderweitige Regelung stattfinden.

4. Die Tagesdienstzeit wird von jeder Behörde nach Anhörung der Beamtenschaft festgesetzt. Die Tagesdienstzeit ist grundsätzlich in den Vor- und Nachmittagsdienst zu teilen. Nur dort, wo aus zwingenden örtlichen oder sachlichen Gründen eine solche Teilung unmöglich erscheint, kann mit Zustimmung der obersten Reichsbehörde und des Reichsministers des Innern bundsgleichend gearbeitet werden. Diese regeln bei Bewilligung der Ausnahme die Dienstzeit; hierbei darf die Wochendienstzeit nicht unter 51 Stunden festgesetzt werden.

5. Für eine Ueberschreitung der bestimmungsmäßigen Wochendienstzeit wird eine Vergütung nicht gewährt. Ein Ausgleich kann durch Dienstbefreiung zu anderen Zeiten gewährt werden.

Der Kampf um die Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

In Götzen wurde eine Konferenz der am Tarif für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Organisationen abgehalten, die aus allen Kreisen von 200 Delegierten besetzt war. Nach reger Aussprache wurde einstimmig beschlossen, den unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers zustande gekommenen Schlichterspruch über die Arbeitszeitverlängerung und Tarifregelung abzulehnen, weil er jeder rechtlichen Grundlage entbehre und die darin festgesetzte Arbeitszeit über den Rahmen der Vorkriegszeit in den großen Braunkohlenrevieren hinausgehe. Schlichter richtete die Konferenz einen Appell an den Reichsarbeitsminister, die Rechtslage wieder herzustellen. Bis zur Neuregelung soll an der bisherigen tariflichen Arbeitszeit festgehalten werden.

Die Arbeitszeit der Eisen- und Stahlindustrie der Kölner Bezirke hat als Arbeitszeit einschließlich der Pausen für die Woche 59 Stunden in den Hüttenwerken und 57 1/2 Stunden in der weiter verarbeitenden Industrie festgesetzt.

Die französische Finanzlage.

Das Urteil eines Amerikaners.

Der zurzeit in Berlin sich aufhaltende amerikanische Wahrheitskämpfer Friedrich Baumann, der ein sehr beachtenswertes Buch über die wahren Schuldfragen am Weltkriege verfasste, sprach sich einem Zeitungsvertreter gegenüber über die trostlose französische Finanzlage aus, die eine Folge der Poincareschen Wirtschaftspolitik darstellt. Frankreich sei bankrott. Während der nächsten Jahre werde der Schuldendienst das nationale Einkommen auffressen. — Für Kriegszwecke gebe Frankreich 21 Milliarden Dollar aus während es durch Kriegssteuern nur die armelige Summe von 21 Millionen aufbrachte. Jedem Dollar Ausgabe stehe ein einziger Cent Steuereinnahme gegenüber. Es sei unmöglich für Frankreich, diese Schuld zu zahlen. Poincare werde zwar voraussichtlich noch die Präsidentschaftswahlen gewinnen. Im nächsten Sommer werde die wirtschaftliche Lage so unzumutbar machen, dem französischen Erarer die finanziellen Folgen dieser Politik noch weiterhin zu verbergen. Die Zeit, in der Frankreich das Budgetdefizit durch immer frische Anleihen ausgleichen konnte, sei zu Ende.

Baumann sieht eine politische Revolution in Frankreich voraus und schwere soziale Erschütterungen, besonders, wenn die Lebenskosten durch die dauernde Entwertung des Franken weiter steigen. Frankreich sei ja jetzt schon nur noch durch Inflation in den Lage, die Schuldensinken aufzubringen. Die aufkeimende Erbitterung der französischen Bevölkerung werde sich steigern, wenn man einsehen werde, daß durch Poincares Wirtschaftspolitik das Land vernichtet wurde, dessen Reparationsleistungen sonst den französischen Finanzen stark unter die Arme gegriffen hätten.

terungen, besonders, wenn die Lebenskosten durch die dauernde Entwertung des Franken weiter steigen. Frankreich sei ja jetzt schon nur noch durch Inflation in den Lage, die Schuldensinken aufzubringen. Die aufkeimende Erbitterung der französischen Bevölkerung werde sich steigern, wenn man einsehen werde, daß durch Poincares Wirtschaftspolitik das Land vernichtet wurde, dessen Reparationsleistungen sonst den französischen Finanzen stark unter die Arme gegriffen hätten.

Amerika verlangt Bezahlung der französischen Schulden.

Auch am Frankentum wird verdient.

Der „Gerald“ meldet aus New York: Die Vereinten Staaten verlangen in einer neuen Vorlesung beim französischen Vizekonsul in Washington die Regelung der Kriegsschulden. In diesem Akt sieht die New Yorker Börse eine Art von neuem Ansporn für die geringere Bewertung des französischen Franken. Die Aktion der Bank von Frankreich in Paris zur Stützung des Franken wird in Parallele mit den Stützungsversuchen Deutschlands vor dem Absturz der Mark gestellt. Die schlechte Tendenz des Franken hält die Geschäfte und die Börse in autem Gange, und ein Arbeitslosenproblem gibt es in New York nicht. Das erklärt die börsliche Passivität der New Yorker Börse gegenüber dem Frankentum.

Eine Warnung vor Poincares letzten Absichten.

„Manchester Guardian“ schreibt: Formell weiß das Foreign Office nichts von den deutschen Vorschlägen in Paris und Brüssel. Tatsächlich ist es gründlich informiert worden, aber es gibt keine britische Stellungnahme dazu. Frankreich und Belgien haben das Vorgehen gegen unseren Wunsch und, wie wir dafür halten, illegal besetzt. Sie haben ihre Weisheit in der Rheinlandkommission uns zum Trotz mißbraucht. Nichts davon daraus ergebenden Situation haben wir nicht zu tun. Wir überlassen Frankreich und Belgien daher die Verantwortung für alle Folgen ihres Handelns. Ein anderer Grund unserer Zurückhaltung ist natürlich der, daß wir uns heute in einem Interregnum befinden. Erst im Januar kann eine Aenderung unserer Haltung bringen. Poincare könnte der ganzen Begehrfrage der Ruhrbesetzung mit allen ihren deutschen Verbindungen entgegen, wenn es ihm gelänge, von Deutschland eine de facto oder de jure Anerkennung der Legalität der französischen Aktion, oder — von seinem Standpunkt aus noch besser — der Realität der Abtrennung zu erpressen. Berlin sträubt sich, um diesem Dilemma zu entkommen, aber geistige Herrschaft und der französische Druck können eine Wirkung erzeugen, für die Poincare seine letzte Karte ausspielt. Diese letzte Karte ist ein ausgearbeiteter politisch-wirtschaftlicher Plan, ausgeführt durch seinen Hauptberater Seydoux, den juristischen Erfinder des Ruhrplanes, der binnen kurzem Berlin zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden soll. Dondon wird inzwischen aufsehen. Wenn Deutschland nachgibt, wird Poincare um das Hindernis der Legalität, das bisher seinen Weg aufhielt, herumsein, denn Berlin kann so meint man, legalisieren, was der Vertrag nicht legalisieren kann. Die Reparationskommission könnte dann Dinge anerkennen, vor denen sie bisher ihre Augen schließen mußte, und ein neuer Anfang in der europäischen Diplomatie könnte auf der Grundlage von einem Zustand gemacht werden, der, taktisch behandelt eine neue Karte von Europa ist.

Diese Ausführungen sollten gewissen Kreisen in Berlin zur Warnung dienen, für die immer nur wirtschaftliche Gesichtspunkte entscheidend sind.

Schlechte Verhandlungsaussichten.

Nach Meldungen der Pariser Blätter sprach Finanzminister de Lasteyrie in der amerikanischen Handelskammer über den vorübergehenden Sturz des Franken und über das deutsche Prioritätsverlangen für amerikanische Lebensmittel. Aus Lasteyries Aussagen ist hervorzuhellen, daß auch jetzt noch in Frankreich geringe Meinung besteht den deutschen Wünschen zu entsprechen. Frankreich frage, warum das deutsche Kapital, das im Auslande verborgen auftritt, nicht selbst diese Summe wolle, warum Deutschland bei der Reiborbernte dieses Jahres in Amerika kaufen müsse? Man könne nicht auf den bisher schwer geschädigten Gläubiger, Frankreich noch um weitere Verzichte angehen.

„Matin“ glaubt berichten zu können, daß nunmehr auch General Degoutte seine Ansicht über das deutsche Memorandum betreffs Herstellung eines mobilisierbaren in den besetzten Gebieten dem Laus d'Orsay mitgeteilt hat. Er sei ebenso wie Oberkommissar Tizard gegen die von der deutschen Regierung gewünschte Veränderung des Regimes.